

## BEDROHUNG MAFIA (I)

# Der Polyp greift in die Schweiz

Kriminelle Potenz unterwandert bedrohlich die legalen Volkswirtschaften und Märkte. Als «Krebsgeschwür der Marktwirtschaft» diagnostiziert der Tessiner Ständerat und Wirtschaftsanwalt Sergio Salvioni diese «Krankheit in fortgeschrittenem Stadium, gegen die uns ein Heilmittel schlicht fehlt».

Das Dienstleistungsland Schweiz bietet sich der organisierten Kriminalität mehr oder weniger unfreiwillig als Waschsalon für schmutziges Geld und als logistische Drehscheibe an. Über ein klandestines Netz von Tarnfirmen, Stroh Männern, Anwälten und Finanzinstituten werden Riesensummen verschoben. Aber nach der Justiz (und den Medien) sind auch viele Politiker er wacht: Gesetze und Massnahmen gegen Geldwäscherei werden laufend verschärft.

Nur: Banken und bürgerliche Parteien sperren

sich gegen die sogenannte Meldepflicht bei verdächtigen Transaktionen. Diese griffigste Klausel des Gesetzgebers wird kaum vor dem Jahr 1997 in Kraft gesetzt werden.

Aber auch da setzt Umdenken ein. Nochmals Ständerat Salvioni, ein Freisinniger: «Es wird der Moment kommen, wo die Gesellschaft versteht, dass kriminelles Geld den Markt verfälscht und damit die Gesellschaft bedroht.»

Die Bedrohung ist längst akut.

VON FRED LAUENER

49/213  
**D**er Flugplatz Lugano-Agno ist vielleicht der sympathischste Airport Europas. Klein, edel, diskret und persönlich; die schier perfekte Verlängerung der Crossair-Champagnerphilosophie am Boden. Das Flughafenpersonal ist höflich und hilfsbereit, aber nie aufdringlich, so wie es der Businessflyer schätzt. Dies gilt auch für die Grenzpolizei: Der einzige Beamte bei der Gepäckkontrolle beachtet die zweiundzwanzig fast ausnahmslos krawattierten Passagiere des Fluges LX659 aus Rom kaum, die routiniert den Zoll passieren, ohne von dem Grenzer Kenntnis zu nehmen. Von einer Verschärfung der Kontrollen, wie sie von den Tessiner Behörden vor einem Jahr lautstark angekündigt wurde, ist auf dem Luganeser Flugplatz nichts zu spüren. Möglich,

dass die Airport-Bediensteten einem strengeren Regime unterliegen als auch schon. Das ist für den Durchschnittsetter jedoch nicht überprüfbar.

Gründe für genaueres Hinsehen gäbe es schon. Immerhin war es ein Kollege, der Ende Februar des letzten Jahres für die bislang grösste Panne in Lugano-Agno sorgte. Während über zweier Jahre schmuggelte der auf dem Flugplatz stationierte Polizeikorporal Stefano Gerber mindestens 400 Kilogramm kolumbianisches Kokain durch den Zoll. Am letzten Freitag fasste er dafür 14 Jahre Zuchthaus; einige davon dürfte der selber drogenabhängige und bei Gericht als limitiert intelligent und vermindert zurechnungsfähig qualifizierte Polizist sozusagen stellvertretend für seine Vorgesetzten aufgebremst bekommen haben. Dass diese den flotten Kollegen von der Gepäckkontrolle praktisch unbeaufsichtigt schieben und hehlern liessen, obschon bereits 1991 präzise Hinweise über Gerbers exzessiven Lebenswandel und seine Aktivitäten in einschlägigen Kreisen Brasiliens und Kolumbiens vorlagen, ist jedenfalls mehr als peinlich.

Und doch bloss eine Provinzposse. Dem unscheinbaren, unteretzten fünfundfünfzigjährigen Herrn aus Sizilien, der seit zwei Jahren regelmässig, manchmal wöchentlich in höchst brisanter Mission über den Flugplatz Lugano-Agno in die Schweiz einreiste, hätte jedenfalls auch eine Flughafenspolizei auf Draht nichts anhaben können. Er kommt trotzdem nicht mehr.

Am 20. Februar wurde Giovanni Cannizzo in Catania auf Sizilien kurz vor seinem Abflug in die Schweiz verhaftet. Die Staatsanwaltschaft wirft dem als stellenlos registrierten ehemaligen Kleinunternehmer Geldwäscherei im respektablen Umfang von mindestens 1,3 Milliarden Dollar vor. Es könnte aber auch mehr sein. Die angenommene Summe bezieht sich nur auf jene Vorgänge, die von den italienischen Behörden bislang einigermaßen zuverlässig nachvollzogen

werden konnten. Der für die Ermittlungen zuständige stellvertretende Staatsanwalt von Catania, Nicola Marino, spricht von einem raffinierten, weltweit verzweigten Geldwäschesystem mit Dreh- und Angelpunkt in der Schweiz. Dieses sei von Cannizzo im Auftrag der Cataneser Cosa-Nostra-Familie Santapaola als regelrechtes Profit-Center aufgebaut und geleitet worden.

Nur ein Teil der Gelder soll dabei aus den mafiosen Unternehmungen der ehrenwerten Familie stammen. Gegen Gebühr habe Cannizzo den Waschsalon auch Dritten zur Verfügung gestellt. So machte der Santapaola-Clan die Not zur Tugend. Aus der unausweichlichen Notwendigkeit eines jeden ambitionierten Gauners, heisses Geld vor Gebrauch abzukühlen, entstand ein eigenständiger, lukrativer Geschäftszweig.

Der reumütige dreissigfache Mafia-Killer Maurizio Avola hatte die Behörden schon 1993 auf die Fährte des bis dahin der Polizei unbekanntes Cannizzo gewiesen. Und diese Spur führte bald in die Schweiz. Hier seien, so steht es in den Akten, die illegitimen Gelder trancheanweise in die Banken eingespiessen worden. Wie dies ohne Identifizierung der jeweils dreistelligen Millionenbeträge konkret möglich war, ist ungeklärt. Aktenkundig ist einzig der Name eines Angestellten der SBG-Filiale Lugano, der im Sommer 1993 wiederholt Beträge in der Höhe von immerhin 500 Millionen Dollar betreut haben soll.

Waren die Gelder einmal auf einer Bank plaziert, mussten sie diese für den Hauptwaschgang nicht mehr verlassen. Mittels eines Joint-venture von mafiosen Tarngesellschaften erwarb Cannizzo damit bei der SBG Bankgarantien, die er alsdann wieder veräusserte und nach einer Reihe von weiteren Besitzerwechseln und Waschgängen durch Scheinfirmen und Banken in Deutschland, Russland, der Türkei und der Schweiz wieder aufkaufte. Schliesslich wurden die →

→ weitgereisten Papiere einer Bank veräussert und der schneeweissblütensaubere Gegenwert in legalen und scheinbar legalen Unternehmungen und Projekten rund um den Erdball angelegt.

Wie viele der Cannizzo-Gelder bereits den gesamten Waschprozess hinter sich haben, weiss Staatsanwalt Marino nicht. Er vermutet aber, dass etwa ein Fünftel der 1,3 Milliarden Dollar noch in Schweizer Banken lagern.

Beweise hat der Anti-Mafia-Ermittler keine. Seine Anschuldigungen stützen sich auf die Aussagen des Pentito Avola und einzelner anderer reuiger Mafiosi, auf Telefonabhörprotokolle, abgefangene Faxschreiben und Post von Giovanni Cannizzo, aber auch auf die Ermittlungen des italienischen Geheimdienstes Sids und der Guardia di Finanza.

48/213

#### Freundlicher Hinweis der Bank

Cannizzo selber schweigt. Sein Sohn Carmelo hat lebhaften Grund, dafür zu beten, dass Papà jetzt nicht schlappmacht. Just am Abend des Rendez-vous mit der «Weltwoche» wurde sein Laden, eine bescheidene, fast schäbige Parfümerie am Rande des historischen Zentrums von Catania, ausgeraubt. Die Täter brauchten keinerlei Gewalt und hinterliessen kaum Spuren. Den Zutritt verschafften sie sich offensichtlich mit Schlüsseln: Freundliche Grüsse von der «Familie», die damit sanft, aber bestimmt an die «Omertà», das Gesetz des Schweigens, erinnerte. Hält Papà im Knast nicht dicht, wird Söhnchen im Leben nicht alt.

«Für euch mag das Räuberromantik sein, für uns ist es die knallharte Realität», zerstreut Romano M. die Zweifel an der Echtheit von Carmelo Cannizzos Nervosität. Romano, jüngster Spross einer elfköpfigen Bauernfamilie aus der Lombardei, kam vor vier Jahren nach Catania. Noch zwei, drei Jahre, so hofft der überraschend schüchtern wirkende Polizist mit der drahtig durchtrainierten Figur eines Marathonläufers, dann kann er wieder auf das Festland zurück. Romano ist Beamter der Guardia di Finanza mit Spezialausbildung als Antiterror- und Antimafia-Elitesoldat. Zurzeit leistet er seinen Dienst in der dreissig Mann starken, schwerbewaffneten Eskorte der Cataneser Staatsanwälte. «Alles in allem ein cooler Job», sagt er. Die meiste Zeit stehe man bloss zur Verfügung. Die eigentlichen Einsätze, Begleitungen hauptsächlich, seien zwar ziemlich riskant, dauerten aber jeweils kaum mehr als eine Stunde. Der Dienst auf den Strassen Siziliens sei ungleich gefährlicher.

12

«Wenn die Mafia etwas gegen dich hat, weil sie dich kennt und weiss, welche Einsätze du allenfalls schon gegen sie gefahren hast, dann gibt es für dich keine Sicherheit mehr.» Die einzige Chance der Ordnungskräfte sei es, die angespannte Situation nicht noch zusätzlich anzuhetzen. «Wir versuchen deshalb, immer möglichst freundlich und korrekt zu sein.» Doch wehe denen, die diese Offerte ausschlagen.

Um in der Cannizzo-Sache voranzukommen, braucht Staatsanwalt Marino dringend Erkenntnisse aus der Schweiz. Allzu optimistisch ist er jedoch nicht. Zwar ist das Finanz-Recycling die Achillesferse der organisierten Kriminalität, aber an den Banken beissen sich die Strafverfolgungsbehörden immer wieder die Zähne aus. Als die italienischen Behörden im Sommer 1993 bereits via Interpol und die Tessiner Staatsanwaltschaft nach Cannizzo-Millionen bei Schweizer Banken fahnden wollten, brach die SBG abrupt ihre Geschäftsbeziehungen mit zwei verdächtigen Zuger Firmen ab, noch bevor die Ermittlungen richtig angelaufen waren.

Die Mafia war gewarnt und konnte entsprechend disponieren. Eine der beiden alarmierten Gesellschaften, die Kubri AG, war damals im Besitz von Giovanni Cannizzo und ging kurz nach dem freundlichen Hinweis der Bank still und leise und ganz legal in Liquidation. Die Bemühungen der italienischen Antimafia-Ermittler wurden empfindlich zurückgeworfen.

Der Fall Cannizzo wird in die Kriminalgeschichte eingehen. Entweder als totaler Flop und gigantischer Irrtum der italienischen Justiz – oder als eine der grössten je aufgedeckten Geldwäschereiaffären überhaupt. Favorisiert werden muss derzeit jedoch eine dritte Variante: Die des grössten Falles von organisierter Wirtschaftskriminalität, der zwar aufgedeckt, aber niemals restlos geklärt werden konnte.

Vieles spricht dafür. Zum Beispiel die Statistik. Wie viele Dossiers mit unaufgearbeiteten Lug- und Truggeschichten aus der Welt der Wirtschaft in den Hängeregistaturen der eidgenössischen Amtsstuben der Verjährung entgegengilben, ist nicht eruiert. Viele gelangten erst gar nie an die Öffentlichkeit, und manche von denen, die Schlagzeilen haben, sind längst vergessen. Die wenigen noch einigermassen präsenten Affären und Skandale der letzten Jahre verdanken dies ausnahmslos der Berühmtheit ihrer Protagonisten.

Zum Beispiel die Affäre Polivideo. Der Lack der einst als erfolgreichste private Schweizer Fernsehunternehmung hochgelobten Gesellschaft blätterte im November

und einem Aktienkapital von zwölf Millionen Franken, je nachdem, welche der vertraulichen Bilanzen aus dem Hause Polivideo

man heranziehen wollte. Der Öffentlichkeit versuchte man damals den mickrigen Fehlbetrag von nicht einmal einer halben Million weiszumachen.

Es half nichts mehr, der Stein war ins Rollen geraten. Jahrelang hing Polivideo am lebensspendenden Finanztropf der sizilianischen Besitzerfamilie Cassina. Familienoberhaupt Duilio, seit 1981 auch Verwaltungsrat der Crossair, stand in Palermo unter Hausarrest. Seine Kontakte zur Mafia und die Lira-Milliarden in den Schwarzkassen seiner Baufirma Lesca-Farsura SpA hatten ihn eingeholt. Im neuerwachten Antimafiaklima der späteren achtziger Jahre gab es auf Sizilien auch für eine der grössten Unternehmerfamilien keinen Persilschein mehr. Die Cassinas kontrollierten damals ein Imperium, das neben Versicherungen, der Abfallentsorgung von Palermo, Transport- und Baugesellschaften auch die beiden Finanzinstitute Banca Industriale und Banca Popolare di Palermo umfasste.

Ins Zwielicht geriet durch die Cassina-Verbindung und die Bilanzmanipulationen der Polivideo auch der damalige SP-Fraktionspräsident im Nationalrat und heutige «Schweiz 4»-Chef, Dario Robbiani, der als Berater der Unternehmung mit einem monatlichen Honorar von 5000 Franken tätig war. Robbiani tritt stets ab, von Mafiakontakten und Finanzmanipulationen gewusst zu haben, und beteuerte, nach seinem Rücktritt als Leiter der Tagesschau als SRG-Vertreter bei Polivideo eingestiegen zu sein. Das trifft zu. Doch war Robbiani auch noch für Polivideo tätig, als der Rahmenvertrag zwischen der Firma und der SRG längst ausgelaufen war. Und der Aussage, er sei für die Aussenkontakte der Unternehmung zuständig gewesen und habe von den finanziellen Verhältnissen keine Kenntnis gehabt, steht zumindest jene Pressekonferenz vom Januar 1986 gegenüber, an der Robbiani höchstselbst über eine Kapitalaufstockung des Unternehmens orientierte.

Polivideo war am Ende. Und Nationalrat Robbiani kämpfte um seinen guten Ruf. Er zog sich aus dem konkursreifen Unternehmen zurück und verliess bald darauf die Schweiz Richtung Lyon. Seine Erfolge als Vize des Nachrichtenkanals Euronews machten die leidige Angelegenheit im Tessin bald vergessen.

Polivideo existiert noch immer. Ohne Cassina und weniger klotzig. Das Unternehmen ist heute eine von vielen kleineren, unauffälligen TV-Produktionsgesellschaften. Den Banken, allen voran der SKA Locarno, die den damals maroden Betrieb mit ansehnlichen Krediten alimentiert hatte, sei es gedankt. Die Angelegenheit wurde intern geregelt. Nachgefragt hat seither niemand mehr.

### Del Ponte wusste mehr

Als «Krebsgeschwür der Marktwirtschaft» bezeichnet FDP-Ständerat und Wirtschaftsanwalt Sergio Salvioni die zunehmende Verwilderung der Märkte und die Unterwanderung legaler und seriöser Strukturen mit krimineller Potenz. «Das ist eine Krankheit in fortgeschrittenem Stadium, gegen die uns ein Heilmittel schlicht fehlt.» Salvioni, der als Anwalt bis vor kurzem die zivilrechtlichen Interessen der Stadt Mailand im Zusammenhang mit Tangentopoli-Konten in der Schweiz vertrat, hält zwar das bestehende und vorgesehene Instrumentarium gegen die Geldwäscherei für eines der besten der Welt. Allein die Wunder, die nötig wären, das Übel an der Wurzel zu treffen, werden auch schärfste Kontrollpflichten und Strafnormen nicht erbringen. Salvioni setzt deshalb auf Wertewandel: «Es wird der Moment kommen, wo die Gesellschaft versteht, dass kriminelles Geld den Markt verfälscht und damit die Gesellschaft bedroht.»

Dieser Moment steht allerdings nicht gerade vor der Tür, und so geht Salvioni auch mit dem Zuger Polizeidirektor Hanspeter Uster einig, der sich im Kampf gegen die Geldwäscherei ebenfalls für rigorose Prävention und harte Repression stark macht. «Unser Ziel muss sein, Geldwäscherei so unattraktiv wie möglich zu machen», sagt der gestandene Linke, dem ordnungspolitische Aufrüstung eigentlich von Haus aus ein Greuel sein müsste.

Für griffige Bestimmungen gegen die Geldwäscherei trat einst auch jene parlamentarische Kommission ein, die ausgerechnet von dem Tessiner Nationalrat präsidiert wurde, der kurz darauf, im Herbst 1991, selber in eine Geldwäschereigeschichte verwickelt werden sollte. Just am Wahlwochenende flog der Fimo-Skandal auf. Das Tessiner Radio tat dem wiederkandidierenden CVP-

1986. Damals wurde publik, dass die Firma in Riazzino bei Locarno allein 1985 den gigantischen Fehlbetrag von acht respektive über 29 Millionen Franken Verlust eingefahren hatte – bei einem Umsatz von knapp 15 Millionen

3

Mann Gianfranco Cotti mit Sicherheit keinen Gefallen, als es am 18. Oktober über einen gewissen Dottore Giuseppe Lottusi berichtete. Der Mailänder Geschäftsmann und fanatische Pferdenarr wurde drei Tage zuvor verhaftet. Insgesamt 500 Millionen Drogenfranken soll der Dottore als Verbindungsmann der Mafia weissgewaschen haben, 100 Millionen davon in der Schweiz. Das Radio nannte die Finanzgesellschaft Fimo SA in Chiasso, mit der Lottusi regen Kontakt hatte. Mit dem Fimo-Prokuristen Enzo Coltamai soll er die faulen Deals durchgezogen haben. Und genannt wurde auch der Name des Fimo-Präsidenten und Parlamentskandidaten Gianfranco Cotti. 4/5/213

Mehr als das Radio wusste zu diesem Zeitpunkt die damalige Tessiner Staatsanwältin Carla del Ponte. Sie fand heraus, dass neben der Fimo und einem halben Dutzend anderer Institute und Firmen auch die Fimo-Tochter, die Bank Albis, ein Lottusi-Waschsalon war. Und wieder erwischte es eine honorable Persönlichkeit. Als Verwaltungsrätin der Bank Albis stand nun auch die stramme bernjurasische FDP-Nationalrätin Geneviève Aubry im Gegenlicht.

Dann geschah Erstaunliches. Carla del Ponte trat noch am Wahltag an die Öffentlichkeit und erteilte Gianfranco Cotti Absolution: «Jede Beteiligung der oberen Kader und Verwaltungsräte der in die Ermittlungen einbezogenen Finanzgesellschaften ist auszuschliessen.» Über die Gründe der forschen Juristin für diesen unumstösslichen Befund, notabene noch bevor sie die Akten der angeschuldigten Firmen konfiszieren liess, wird im Tessin bis zum heutigen Tag gerätselt.

Wie auch immer, das Schlimmste war überstanden, die Angelegenheit bei Carla del Ponte in guten Händen. Die Tessiner Sonne schien auch für Gianfranco Cotti wieder, der bis zum heutigen Tag bestreitet, Giuseppe Lottusi gekannt und von undurchsichtigen Machenschaften gewusst zu haben. Mit einem Glanzresultat wurde der Bisherige wieder in den Nationalrat gewählt. Im Herbst 1993 kehrte er dem Parlament dann den Rücken, um seine ausgezeichneten politischen Verbindungen, seine Sachkompetenz und seinen Erfahrungsschatz als Präsident der Schweizerischen Volksbank und Verwaltungsrat der Kreditanstalt fürderhin ungeteilt der Finanzwelt zugute kommen zu lassen.

Für das endgültige Happy-End sorgte Carla del Ponte im November 1993: Sie stellte das Verfahren gegen die Fimo ein. Doch für einmal ward beim Happy-End der Film nicht sogleich ausgeblendet. In Brüssel, wo im Frühjahr 1993 der ehemalige Fimo-Verwaltungsrat Valentino Foti verhaftet wurde, ermittelte Untersuchungsrichter Jean-Claude van Espen weiter, und in Italien wird der «Swiss Connection» zur Chiassesser Finanzgesellschaft in zahlreichen Verfahren eine bedeutende Rolle zugemessen. Bis heute.

Grund für eine Neubeurteilung des Falles in der Schweiz ist dies jedoch noch lange nicht. Eine Wiederaufnahme der Untersuchungen ist schlicht kein Thema, wie FDP-Ständerat Salvioni erst kürzlich aus der Antwort seines entsprechenden parlamentarischen Vorstosses kopfschüttelnd zur Kenntnis nehmen musste. Die Akte Fimo ist geschlossen, basta. Recherchierende Journalisten, die sich damit bis heute nicht abfinden wollen, riskieren sechsstelligen Schadenersatzforderungen aus dem Hause Fimo.

### Eichhörnchen-Methode

Man hat sie nicht gern, die ständigen Presseberichte über lichtscheue Bilanzfriseur, Schwarzgeldtransporteure und ihre Millionentänze auf dem Schweizer Finanzparkett. «Sie schaden dem guten Ruf des Landes», tönt es bei telefonischen Nachfragen zu Vorkommnissen der minder vornehmen Art allenthalben belehrend und beschwörend aus der Muschel. Gemeint sind damit in der Regel die Berichte, nicht die Fälle.

Die Spielregeln für den Finanzplatz Schweiz sind mit Bestimmtheit nicht für die Mafia erfunden worden, die Volkswirtschaft soll davon profitieren. Und tut es auch. Doch wo die Türen offenstehen, kommen Gäste. Auch ungebetene. Und die lassen es sich wohlgehen, solange sie bedient werden. In dieser Beziehung ist die Schweiz ein ausserordentlich gastfreundliches Land.

Zu gastfreundlich. Darin sind sich Banken, Strafverfolgungsbehörden und das Gros der Politikerinnen und Politiker immerhin einig. Weiter als bis zum Grundsatz, dass es der Internationale der Mörder, Schieber und Hehler hiezulande künftig nicht mehr so

einfach gemacht werden soll, reicht diese Einigkeit allerdings nicht.

Die Strafverfolger möchten mehr Kompetenzen und griffigere Instrumente, die Banken ihrerseits wehren sich gegen staatliche Eingriffe. Umstritten ist insbesondere das anstehende dritte Massnahmenpaket gegen die Geldwäscherei (vgl. Kasten), das unter anderem eine Meldepflicht von verdächtigen Finanztransaktionen vorsieht.

Den Banken geht das zu weit. Sie möchten Aufsicht und Kontrolle weitgehend in eigener Verantwortung wahrnehmen. Verständlich. Die Banken sind schliesslich ihrer Kundschaft verpflichtet, und diese schätzt, wie alle Welt weiss, an den Schweizer Finanzinstituten nebst der hohen Dienstleistungsqualität die unbedingte Diskretion. Dies gilt durchaus auch für die Mehrheit der unbescholtenen Klientel. Die Argumentation der Banken basiert auf einem hochentwickelten Dienstleistungsverständnis, das nur den einen Haken hat, dass sie sich damit zum Fürsprecher ihrer gesamten Kundschaft, auch der ungeliebten, machen. Und von einem Anwalt erwartet man üblicherweise nicht, dass er seine Man-

danten verpfeift.

Ein böses Wort gegen die geheiligten Banken hört man seitens der Strafverfolgungsbehörden nur selten. Klagen schon. Und manch ein Staatsanwalt oder auch die Bundesanwältin müssen sich bei der Fahndung nach Schwarzgeldkonten an der Nase herumgeführt fühlen, wenn ihnen aus den Direktionsetagen der Finanzpaläste der Befund «Negativ» übermittelt wird, weil die gesuchte Nummer zwar tatsächlich nicht auf der Kontenliste des betreffenden Hauses auftaucht; dies aber nur deshalb nicht, weil das entsprechende Konto auf die eigene Offshore-Filiale in Panama oder den Virgin Islands eingetragener ist.

Für einmal keine Probleme mit den Banken hatte Carla del Ponte als Tessiner Staatsanwältin Mitte Januar 1994. Ohne grössere Komplikationen kam sie an zwei Millionen Dollar aus Drogengeschäften des in der Zwischenzeit einsitzenden wichtigsten Mafiabosses Totò Riina. In cash. Der Pentito Salvatore Cancemi führte Carla del Ponte zu einem verlassenen Bauerngehöft bei Montagnola ob Lugano und zauberte unter altem Gerümpel einen Koffer und eine alte Milchkanne mit den unversehrten Dollarnoten hervor.

Der reuige Mafioso hatte sich ein halbes Jahr zuvor in Palermo den Behörden gestellt. Er bezichtigte sich selber, am Mordanschlag auf den Untersuchungsrichter Giovanni Falcone im Mai 1992 in Capaci bei Palermo beteiligt gewesen zu sein. Cancemi wurde der «cupola», dem Kader der Mafiafamilien, zugerechnet, sein Frontenwechsel war für die Ermittler Gold wert. Doch trauen mochten sie ihm nicht. Und als er während der Vernehmungen dann den Schatz von der Montagnola-Ranch erwähnte, war die Möglichkeit gekommen, die Zuverlässigkeit des neuen Zeugen zu testen. Cancemi bestand.

Zwar gilt die sizilianische Mafia im Bereich der Kapitalanlagen als ausserordentlich konservativ; die in Montagnola praktizierte Eichhörnchen-Methode ist trotzdem natürlich auch bei der Cosa Nostra längst aus der Mode gekommen. Weshalb Totò Riina zwei Millionen in Noten auf einem Bauernhof verstecken liess, ist ungeklärt. Zwei Versionen halten sich bis heute hartnäckig. Jene von Cancemi selber. Danach sei das Geld, das bloss der Tronc auf den Rechnungsbetrag eines gigantischen Drogendeals gewesen sei, bereits vor zehn Jahren hier vergraben worden. Die zweite, ebenso unbestätigte Version stammt aus italienischen Polizeikreisen. Danach wären die zwei Riina-Millionen höchstens ein Jahr zuvor von einer Luganeser Bank abgehoben worden, weil die ehrenwerte Familie befürchtete, das entsprechende Konto könnte im Zuge der Manipulite-Ermittlungen entdeckt werden.

Die Liste der vermeldeten mafiösen Umtriebe und Geldwäschereifaffären der letzten Jahre in der Schweiz ist lang. Für «Pizza»- und «Libanon-Connection» wurden Mitte der achtziger Jahre noch bogeyhaft swingende Namen kreiert. Das ist vorbei. Dutzende von veröffentlichten Kriminalgeschichten der verwandten Sorte sind seither wie eine Landplage über die Medien hereingebrochen. Die Skandalchen und Skandale gleichen sich, zumindest oberflächlich, wie eine Banknote der andern, nur die Namen wechseln. Namen, die gewöhnlich schnell wieder vergessen werden; und mit ihnen die Affäre.

Oder wem, als kleine Überprüfung der These, ist beispielsweise der Name Emilio Di Giovine noch geläufig? Keine drei Jahre sind

«Europa» ab. Und auch im «Résidence» soll Cannizzo hin und wieder aufgetaucht sein, wie Quellen in Sizilien wissen wollen.

Delegierter des Verwaltungsrates dieses Hotels ist Pierluigi Sicilia, gebürtig aus Catania und Geschäftsmann in Lugano. «Der Mann ist uns bekannt», bestätigte Staatsan-

es her, seit die Zürcher Polizei dem heute 47jährigen Mailänder Ganoven im August 1992 das Handwerk legte. Di Giovine war der international gesuchte Kopf eines Rauschgifthändlerrings, dessen Einkünfte unter anderem via Zürcher Banken weissgewaschen wurden. Dank einem Hinweis aus der Limmatstadt konnte Di Giovine damals in Portugal verhaftet werden; in einer Wohnung in der Agglomeration und einem Zürcher Banksafe wurden Schmuck und Bargeld im Wert von rund viereinhalb Millionen Franken sichergestellt. Nur ein Beispiel. Gelesen, vergessen, vorbei. Betroffenheit und Empörung werden durch die Gewöhnung abgestumpft.

### Kampf mit ungleichen Spiessen

Und doch steht uns bereits wieder ein neuer mönströser Fall ins Haus. Vor genau einem Jahr stellte die italienische Polizei vor der genuesischen Küste auf einem kolumbianischen Frachter fünfeinhalb Tonnen Kokain sicher, das als Lieferung von Schuhen deklariert war. Das ist eine der grössten Kokainmengen, die je in Europa entdeckt wurden. Die Behörden gehen zudem davon aus, dass es sich bei den entdeckten Drogen nur um einen Teil des vereinbarten Handels zwischen dem kolumbianischen Kartell von Medellín und der kalabresischen Mafiaorganisation 'Ndrangheta handelt. Nach den zwölfmonatigen Ermittlungen unter dem Titel «Operation Karthago» wurden in den letzten Wochen 40 Personen verhaftet. Weitere 43 Verdächtige werden per Haftbefehl gesucht.

Und wieder geht es auch um Geld und den Finanzplatz Schweiz. Zumindest 20 Millionen Franken sollen in diesem Zusammenhang über Schweizer Institute nach Südamerika zurückgeflossen sein.

Giovanni Cannizzo wäscht kein Geld mehr für die Mafia. Und in den Luganeser Hotels wird man ihn nicht vermissen. «Er redete kaum und gab nie Trinkgeld», erinnert sich ein Kellner des Viersternehauses «Admiral» in Paradiso, das der Sizilianer bei seinen Aufenthalten in Lugano bevorzugte. Hin und wieder stieg der Geldbote der Mafia auch im

walt Nicola Marino die entsprechende Frage der «Weltwoche». Über den Zusammenhang oder gar eine allfällige Verbindung zum Fall Cannizzo wollte sich Marino ebensowenig äussern wie zu einem zweiten Mann aus Catania, der seit längerer Zeit in der Schweiz geschäftet und auf den die «Weltwoche» in Sizilien aufmerksam gemacht wurde: Demetrio Leone wurde im vergangenen Dezember im Kanton Aargau unter dem Verdacht verhaftet, mit Hilfe seiner Anwältin, der Tessiner FDP-Grossrätin Corinne Vago, eine verbotene Transaktion von rund 300 Millionen Franken eingeleitet zu haben.

Zu glauben, dass mit der Inhaftierung von Giovanni Cannizzo in Catania nun keine Schmutzmillionen mehr durch den Waschsalon der Santapaolas geschleust werden, wäre wohl ein Trugschluss. Dafür geht es um zuviel Geld, ist Cannizzo zu unbedeutend und die Mafia zu mächtig. Eine «Familie», deren Oberhaupt Nitto Santapaola längst im Gefängnis sitzt und dennoch effizient und erfolgreich seine Unternehmungen leiten kann, ist auch in der Lage, einen vakant gewordenen Posten im Ausland neu zu bestellen.

Dagegen ist kein Kraut gewachsen. Der Kampf gegen die organisierte Kriminalität ist ein Kampf mit ungleichen Spiessen, und so wird es vorderhand auch bleiben. Mafiöse Organisationen sind autoritär und strikt hierarchisch organisiert. Entscheide werden ohne lange Diskussionen getroffen und umgesetzt. «Wir hingegen», bedauert Demokrat Sergio Salvioni, «reden uns Jahre durch Kommissionen und Parlamente, bis wir etwas Vernünftiges zustande bringen.» Salvioni möchte deshalb dringliche Massnahmen gegen die organisierte Kriminalität im parlamentarischen Schnellverfahren durchziehen können.

Gesetze und Massnahmen sind eine Sache. Der Vollzug eine andere. Die internationalen Banden, Familien und Clans arbeiten längst auf einem Niveau, das für eine erfolgreiche Gegenwehr hochspezialisiertes Fachwissen der Behörden und der ermittelnden Beamten erfordert. In der Schweiz als Finanzdrehscheibe der Hehler und Schieber

vor allem ökonomisches Wissen. Dazu reicht ein kaufmännischer Lehraabschluss nicht aus, und an der Polizeischule können die notwendigen Kenntnisse auch nicht vermittelt werden. Zwar arbeiten in den entsprechenden polizeilichen Abteilungen der Polizei und Staatsanwaltschaften der Kantone bereits heute ökonomisch geschulte Fachleute, doch «sind wir uns bewusst, dass dies nicht genügt», beurteilt Hanspeter Uster, Polizeidirektor von Zug, die Situation in seinem bei Geldwäschern beliebten Kanton. Für Uster wären die nötigen Leute in der Wirtschaft zu finden. Wären sie, wenn da nur das liebe Geld nicht wäre: «Spezialisten haben ihren Preis und wir unser Budget.»

Nur für die Katz sind die Massnahmen gegen die Geldwäscherei in der Schweiz indes mit Sicherheit nicht. Nach Beobachtungen des deutschen Mafiaspezialisten und Polizeiausbildners Berndt-Georg Thamm ist eine eindeutige Verlagerung der unerlaubten Finanzaktivitäten in die osteuropäischen Staaten feststellbar. «In Ungarn, Polen oder Tschechien ist das Risiko, entdeckt zu werden, ungleich kleiner.» Dennoch ist Thamm überzeugt, dass die Schweiz auch künftig ein attraktiver Standort für die Geldwäscherbranche bleiben wird: «Ein gesunder Finanzplatz braucht stabile politische und gesellschaftliche Verhältnisse. Das gilt auch für die Mafia.»

Die Bosse in Catania und Palermo dürften kaum etwas gegen die Räumung des Zürcher Drogenbahnhofs Letten einzuwenden gehabt haben. Und an den Gipfeltreffen mit den Zaren der neuen russischen und ukrainischen Syndikate, die nach Geheimdienst- und Polizeierkenntnissen seit 1989 anfänglich in Zürich, später hauptsächlich in Prag stattfanden, müssen es die Sizilianer irgendwie geschafft haben, ihre neuen, auf der Weltbühne noch unerfahrenen Kollegen vom Nutzen einer sauberen Schweiz überzeugt zu haben.

Die, die zurzeit in unser Land kommen, bringen jedenfalls vor allem Geld mit. Die Schweinereien, mit denen sie es ergaunern, veranstalten sie zu Hause. Cosa Nostra sei Dank. ☺

# Berns Rezepte gegen die Wäscher

## Die Banken sperren sich gegen die Meldepflicht im Strafgesetz

● **1. Juni 1990:** Die erste Strafnorm gegen Geldwäscherei tritt in Kraft. Strafbar macht sich, wer die Ermittlungen oder die Einziehung von Geldern und anderen Vermögenswerten behindert, von denen er weiss oder annehmen muss, dass sie illegal erworben worden sind. Unter Strafe gestellt wird auch, wer berufsmässig fremde Gelder verwaltet, ohne «mit der nötigen Sorgfalt» die Identität des «wirtschaftlich Berechtigten» abzuklären. Die Gerichtsurteile, die das neue Gesetz ausgelöst hat, lassen sich an einer Hand abzählen. Vom Bundesgericht wurden nur zwei Fälle publiziert: Im einen betrug die Deliktsumme wenige tausend Franken, im andern eine Viertelmillion Franken.

● **1. Oktober 1992:** Die Bankiervereinigung erlässt eine neue Sorgfaltspflichtvereinbarung, die ihre Mitglieder zur Identifikation ihrer Kunden anhält.

● **11. Mai 1993:** Die Schweiz ratifiziert das Übereinkommen des Europarates über die Geldwäscherei. Dadurch verpflichtet sie sich gegenüber den andern Unterzeichner-Staaten (bisher 22) zur Rechtshilfe bei der Beschlagnahme und Einziehung von kriminell erworbenen Vermögenswerten.

● **2. November 1993:** Mit einem Konkordat wollen die Kantone ihre Zusammenarbeit bei der Bekämpfung der Kriminalität verbessern. Bisher sind dem Abkommen 17 Stände beigetreten: ZH, LU, UR, SZ, OW, GL, ZG, FR, SO, BS, SH, AR, VD, NE, VS, GE, BE. Aber einer der wichtigsten fehlt: das Tessin.

● **12. Juni 1994:** Während die Arbeiten an einem zweiten Gesetzespaket gegen die Geldwäscherei noch laufen, stellt der Bundesrat bereits einen Entwurf für ein drittes Paket vor. Demnach sollen die Financiers unter Strafandrohung verpflichtet werden,

den Behörden verdächtige Transaktionen zu melden. Diese Meldepflicht stösst in der Vernehmlassung auf Widerstand bei den Banken und bürgerlichen Parteien. Der Bundesrat lässt die Vorlage von Grund auf überarbeiten.

● **1. August 1994:** Das zweite Massnahmenpaket gegen die Geldwäscherei tritt in Kraft. Es stellt die Mitgliedschaft in einer kriminellen Organisation unter Strafe. Der Nachweis eines konkreten Delikts ist für eine Verurteilung damit nicht mehr nötig. Verschärft wird ausserdem der behördliche Zugriff auf kriminelle Gelder. Schliesslich wird den Bankiers und Financiers das Recht eingeräumt, verdächtige Transaktionen zu melden. Eine Meldepflicht wie im Entwurf zum dritten Gesetzespaket ist nicht vorgesehen.

● **1. Januar 1995:** Das revidierte Vermögensstrafrecht tritt in Kraft. Damit werden erstmals ausdrücklich Computer- und Kreditkartendelikte unter Strafe gestellt.

● **15. März 1995:** Die geplante Errichtung einer Zentralstelle gegen das organisierte Verbrechen erhält eine gesetzliche Grundlage. Gleichzeitig wird die bisher «versuchsweise» geführte Drogen-Datenbank Dosis auf eine gültige Rechtsgrundlage gestellt. Die Zentralstelle kann selbst keine Ermittlungen führen; sie dient lediglich als Informationsdrehscheibe für die kantonalen Behörden. Die Besetzung der 21 Stellen verläuft harzig.

● **Bis April 1995** soll die diffuse Kompetenzabgrenzung zwischen der Bundesanwaltschaft und dem Bundesamt für Polizeiwesen durch eine Arbeitsgruppe des Justizministeriums geklärt werden.

● **Bis Mitte 1995** will das Justizdepartement einen Gesetzesentwurf für den Einsatz von verdeckten Ermittlern (V-Leute)

vorlegen. Ursprünglich hätte gleichzeitig auch die Telefonüberwachung neu geregelt werden sollen. Weil sich die zuständige Parlamentskommission und die Verwaltung auf kein gemeinsames Konzept einigen konnten, wurde dieses Vorhaben von der Vorlage abgekoppelt.

● **Bis Ende 1995** wird ein Gesetzesentwurf ausgearbeitet, der dem Bund eigene Ermittlungskompetenzen gegen das organisierte Verbrechen und gegen die Wirtschaftskriminalität geben soll. Experten klären derzeit ab, ob dafür auch noch eine Verfassungsänderung nötig sei. Für Bundesrat Arnold Koller sind Bundesermittlungen angesichts der interkantonalen und internationalen Dimension des Verbrechertums «ein Muss». Die Linken hingegen befürchten einen weiteren Machtzuwachs des Justizministeriums.

● **Bis Ende 1995** will das Justizdepartement einen Vorschlag für die Vereinheitlichung des vielfältigen schweizerischen Strafprozessrechts präsentieren. Geplant ist allem voran eine Harmonisierung bei der Telefonüberwachung und anderen technischen Überwachungen sowie beim Zeugenschutz. Geprüft wird die Einführung einer Kronzeugenregelung.

● **Bis Ende 1995** soll die Reorganisation der Bundesanwaltschaft konkretisiert werden. Im Nachgang der Fichenaffäre hat das Parlament die Entflechtung von Bundesanklage und Bundespolizei gefordert. Doch Bundesanwältin Carla Del Ponte wehrt sich gegen ihre Abwertung zur reinen Anklägerin. Wie zuvor im Tessin will sie als Staatsanwältin auch Ermittlungen durchführen. Justizminister Koller trägt dem Rechnung und lässt von seinen Experten nun auch andere Reorganisationsmodelle prüfen.

MARTIN A. SENN

## BEDROHUNG MAFIA (II)

# Kassieren die Russen<sup>59/243</sup> auch schon in Zürich ab, Herr Bebié?

Die Angst vor der

«Russen-Mafia» geht um.

Ein Interview mit Zürichs

Kripo-Chef.

In Bern koordiniert die

umstrittene Bundesanwältin

Carla Del Ponte den Kampf

gegen das organisierte

Verbrechen – das Porträt

einer einsamen Frau.

Die Eroberung Moskaus:

Die Mafia kontrolliert

bereits 85 Prozent aller

Betriebe.

«Diese Leute gebärden sich äusserst gewalttätig» – der Chef der Zürcher Kriminalpolizei Marcel Bebié über das Auftauchen der Russen-Mafia im Zürcher Sex-Business, über den Drogenhandel nach der Letten-Schliessung, über Geldwäscherei und Autoschieberei. Und über zukünftige Märkte des organisierten Verbrechens: «Der Fussball mit seinen enormen Transfersummen, aber auch grosse Boxkämpfe sind erstklassige Gelegenheiten zur Geldwäsche.»

Das Gespräch mit Marcel Bebié führten Fred Lauener und Peter Hartmann.

**Weltwoche:** Letztes Jahr warnten Sie, es sei «nur eine Frage der Zeit», bis die sogenannte Russen-Mafia auch in Zürich aktiv werde. Wie beurteilen Sie heute diese russische Gefahr?

**Bebié:** Sie wurde in jüngster Zeit etwas zur Angstmasche hochstilisiert. Da besteht ein krasses Missverhältnis im Vergleich der Schlagzeilen zum heutigen Erscheinungsbild. Die sichtbaren Aktivitäten sind bisher gering. Im Sexmilieu ist die Tendenz zunehmend, eindeutig. Es handelt sich vor allem um Tänzerinnen, die durch Agenturen hierher vermittelt werden, von denen wir in Einzelfällen wissen, dass sie zur Prostitution gezwungen worden sind. Wir wissen auch, dass gegen einzelne dieser Frauen Gewalt angewendet wurde, dass sie zu monatlichen Zahlungen gezwungen wurden.

**Weltwoche:** Was sind das für Agenturen? Gehören sie zu mafiosen Strukturen?

**Bebié:** Einerseits gibt es offizielle Agenturen, die mit Bewilligung des Kiga Tänzerinnen vermitteln, andererseits aber auch ausländische Agenturen, die Tänzerinnen illegal in die Schweiz schleusen, hier zur Prostitution zwingen und abkassieren. Ein weiterer Bereich sind die kriminellen Gelder. Es gibt diverse Joint-ventures zwischen Schweizern und Russen, aber ich kann nicht sagen, dass es sich dabei nur um verbrecherische Firmen handelt. Es gibt einfach solche, aber längst nicht

alle, bei denen der Verdacht besteht, dass sie Geldwäscherei betreiben.

**Weltwoche:** Ermitteln Sie in diesem Bereich?

**Bebié:** Ja.

**Weltwoche:** Welcher Art sind diese Geschäfte?

**Bebié:** Handelsfirmen im weitesten Sinn, Import-Export, Handel aller Art. Wir wissen, dass umliegende Länder sehr viel stärker betroffen sind, aber es wäre blauäugig zu glauben, dass die Tätigkeit dieser Organisationen eines Tages aus Deutschland nicht auch in die Schweiz überschwappt. Deutschland hatte einige Voraussetzungen, die das Land anfälliger machen,

zum Beispiel die Flughäfen, über welche der Rücktransport der Roten Armee abgewickelt wurde. Das waren zollfreie Zonen und eigentliche Brückenköpfe für den Schmuggel. Aber ich befürchte, dass auch wir stärker involviert werden.

**Weltwoche:** Im Zürcher Kreis 4, dem Rotlichtbezirk, bieten sich Hunderte von Prostituierten an. Die Wirte dieser Etablissements sind gewissermassen Komplizen und Profiteure in diesem Business. Haben Sie Erkenntnisse, dass die Russen diese Beizer in der Hand haben, beispielsweise über Schutzgelderpressung, dass sie die Kontrolle des Territoriums anstreben nach dem klassischen Muster der sizilianischen Cosa Nostra? Gibt es Hinweise, dass Russen solche Lokale auch kaufen?

**Bebié:** Nein, es gibt bislang keine Anzeichen. Aber das ist der übliche Ablauf, der nicht zuletzt zum Ziel hat, gewaschene Gelder wieder in den legalen Wirtschaftskreislauf einzuschleusen.

**Weltwoche:** Welchen Anteil im Geschäft der Prostitution haben diese neuen Banden aus dem Osten?

**Bebié:** Aufgepasst – wenn Sie «Osten» sagen, wird das Problem schon grösser. Aus dem Osten drängen sehr viele Leute ins Milieu. Das sind aber auch Polinnen, Slowakinnen, Tschechinnen.

**Weltwoche:** Auch hinter der Einschleusung von Prostituierten aus Südamerika, aus Afrika, aus Thailand und von den Philippinen sind mafiose Organisationen vermutet worden. Was unterscheidet denn die neuen Eindringlinge vom bisherigen Sexbusiness?

**Bebié:** Die Gewalttätigkeit. Auch den Frauen, die schon da waren, hat man die Pässe weggenommen und sie zur Prostitution gezwungen. Aber wenn wir extrapolieren aus den Fällen, die wir kennen, und wenn wir nach Deutschland schauen, nach Berlin beispielsweise: Diese Leute gebärden sich äusserst gewalttätig.

**Weltwoche:** Den «Stänz», den herkömmlichen Zuhälter, hat ja das Gesetz abgeschafft...

→ **Bebié:** ... aber die Profiteure gibt es noch immer. Ich bin nicht restlos begeistert von dieser Änderung des Sexualstrafrechts. Man hat die Bestimmungen immer mehr gelockert, gleichzeitig verlangt man jedoch von der Polizei, im Milieu mit dem eisernen Besen aufzuräumen.

**Weltwoche:** Was erschwert Ihnen die Aufgabe?

**Bebié:** Der fehlende Tatbestand der Zuhälterei. Dann auch die kurzen Verjährungsfristen in bezug auf Unzucht mit Abhängigen und Kindern. Wir haben auch diese Kontroverse hinter uns um die Einrichtung eines Bordells – nicht zu verwechseln mit den Häusern, die wir bereits haben, die vom Parterre bis unters Dach nur aus Massagesalons bestehen –, da wäre es naiv zu glauben, dass eine solche Einrichtung nicht auch wieder bestimmte Kreise des organisierten Verbrechens anlockt. Dass Frauen

dort geschützter wären, glaube ich nicht.

**Weltwoche:** Wer nimmt denn den Russinnen hier das Geld ab? Kennt man die Hintermänner?

**Bebié:** Es sind zum Teil diese ausländischen Vermittlungsagenturen für «Tänzerinnen», zum Teil reine Schlepperbanden. Deren Hintermänner sind noch nicht restlos identifiziert.

**Weltwoche:** Diese Frauen erhalten in der Regel legale Auftrittsbevollmächtigungen. Gibt es da eine Art Bedürfnisklausel?

**Bebié:** Meines Wissens gibt es ein Kontingent, das vom Kiga geregelt wird. Einfluss darauf haben wir nicht, wir baden die Situation nur aus.

**Weltwoche:** Aber die Mädchen sind legal hier?

**Bebié:** Es gibt Tänzerinnen, die tatsächlich als Tänzerinnen arbeiten, und solche, die sich nebenher prostituieren.

**Weltwoche:** ... um die Gebühren bezahlen zu können, die sie den Schleppern entrichten müssen?

**Bebié:** Es gibt solche Fälle. Aber ein sehr grosser Anteil der Prostituierten hält sich illegal in der Schweiz auf, darunter viele Kolumbierinnen. Eine dritte Gruppe sind Prostituierte, die legal als Touristinnen einreisen, vor allem Französisinnen, Afrikanerinnen.

**Weltwoche:** Können Sie die Aussage des früheren Drogendelegierten der Stadt Zürich, Beat Kraushaar, bestätigen, wonach im Zürcher Sexmilieu vergleichbare Mengen harter Drogen umgesetzt werden wie einst auf dem Letten?

**Bebié:** Ich kann bestätigen, dass über das Milieu in grossem Ausmass Drogen abgesetzt werden, insbesondere Kokain – wir hatten im Zusammenhang mit Prostituierten noch nie mit Heroin zu tun. Und die Tendenz ist zunehmend. Aber ein Vergleich ist rein spekulativ.

**Weltwoche:** Ist die Schätzung, dass auf dem Schweizer Drogenmarkt 4 Milliarden Franken (man hörte auch schon von 5 Mia) umgesetzt werden, realistisch?

**Bebié:** Ich bin kein Freund solcher Mutmassungen, da begeben wir uns auf das Feld

## Morgens gestohlen, abends in Polen – die Grenzen sind offen

der Spekulationen. Wir müssen von verschiedenen Prämissen ausgehen, die wir nicht genau festlegen können. Wir kennen bis heute die genaue Zahl der Drogenabhängigen nicht. Man operiert zwar mit der Zahl von 30000, aber auch das ist eine

Schätzung des Bundesamtes für Gesundheitswesen, die durch nichts erhärtet wird. Wir kennen die tägliche Durchschnittskonsummenge nicht. Wir wissen, dass einzelne Süchtige ein Gramm pro Tag benötigen, andere ein halbes Gramm. Da der Stoff stark verunreinigt ist, brauchen einzelne zwei oder drei Gramm. Der Durchschnittspreis variiert je nach Verkaufsort und Qualität, nach Jahreszeit und Marktangebot.

Das Bundesamt für Statistik geht von einem Heroinpreis von 100 Franken pro Gramm aus und einer durchschnittlichen Tagesdosis von einem Gramm. Bei 30 000 Konsumenten ergäbe sich ein Umsatz von 1,1 Milliarden Franken pro Jahr. Letztes Jahr hatten wir in Zürich aber einen Preis, der zwischen 40 und 70 Franken pro Gramm pendelte. Ich schätzte den Umsatz tiefer als diese 1,1 Milliarden.

**Weltwoche:** *So oder so, die organisierte Kriminalität erwirtschaftet flüssiges Geld. In welche Hände gelangt es, und wie verlässt es das Land?*

**Bebié:** Auf Hunderten von Wegen. Nach unseren Indizien verlässt sehr viel physisches Geld die Schweiz. Im «Bakony»-Verfahren, das ich für den Bund leitete und das sich mehrheitlich gegen kosovo-albanische Drogenhändler richtete, hat man mehrmals an der Grenze Autos festgestellt, die Geld exportierten, sei es in der Wagentüre oder im Reserverad oder wo auch immer. Die chilenische Berufsverbrecherbande, die wir in Glattbrugg ausgehoben haben, verpacken ihre Beute in Kondome und Shampooflaschen. Es wird auch Geld per Post überwiesen oder per Bank. Die Chilenen kauften auch Postpäckchen, trennten den Karton auf und schoben Geld dazwischen. Afrikanische Drogenhändler haben gewaltige Summen in gewöhnlichen Postpaketen nach Hause geschickt, höhere sechsstelligen bis siebenstelligen Beträge. Da ist alles möglich und nichts unmöglich.

**Weltwoche:** *Wird Geld nicht schon in der Schweiz direkt in legale Geschäfte investiert?*

**Bebié:** Zumindest in einem grösseren Ermittlungsverfahren wurde Drogenerlös in legale Firmen in der Schweiz reinvestiert. Aber ich nehme an, dass das kein Einzelfall ist.

**Weltwoche:** *Und das gewaschene Geld?*

**Bebié:** Diese Frage muss ich sehr allgemein beantworten. Es fliesst in den Aktienmarkt, in Immobilien, Restaurants, Boutiquen, das sind die klassischen Investments. Da haben wir auch Verdachtsmomente und führen Vorermittlungen.

**Weltwoche:** *Der Postenchef im Kreis 4 berichtete uns, dass sich die Fälle von eingeschlagenen Schaufen-*

*stern im Quartier häufen, aber es sei der Polizei nicht klar, ob es sich hier um simple Einbrüche oder um Einschüchterungsterror handle, also um Schutzgelderpressung.*

**Bebié:** Ich kann einen solchen Zusammenhang nicht machen. Wir wissen von Schutzgelderpressung innerhalb von ethnischen Gruppen. Da werden Gelder einkassiert, deklariert als Spendengelder für den bewaffneten Kampf in der Heimat. Wir kennen Einzelfälle von Einschüchterungen. Die Kantonspolizei Zürich führt eine gesamtschweizerische Liste von Schutzgelderpressungsfällen. Da sind nur sehr wenige Delikte verzeichnet. Wobei das nicht verwundert, denn es überlegt sich einer sicher zweimal, ob er eine Anzeige machen soll.

**Weltwoche:** *Also ein marginales Phänomen?*

**Bebié:** Ein Hauptkriterium des organisierten Verbrechens schlechthin ist die Gewinnmaximierung. Da stehen ganz sicher der Drogenhandel und das Rotlichtmilieu im Vordergrund. Da erreicht man auch die

meisten Leute. Schutzgelderpressung spielt sich im relativ engen Rahmen von ethnischen Gruppierungen ab. Im Moment noch. Nach den Indizien, die wir haben, betrachte ich sie als grosses Problem. Ich nehme auch an, dass hier happige Beträge die Hand wechseln.

**Weltwoche:** *In Italien haben die Triaden, die chinesische Mafia, die über 20 000 chinesischen Einwanderer, ob legal oder illegal, offenbar fest im Würgegriff. Sie schleusen die Landsleute gegen hohe Gebühren ins Land und erpressen sie anschliessend, insbesondere die Geschäfte, die Restaurants. In der Schweiz boomen die China-Lokale. Funktioniert hier derselbe Ausbeutungsmechanismus?*

**Bebié:** Das ist eine grassierende Seuche in europäischen Ländern, auch in Holland und England. In der Schweiz fehlt jedoch die Voraussetzung einer grossen Population. Damit will ich nicht sagen, dass diese Dinge nicht auch bei uns vorkommen. Aber mir ist nichts bekannt.

**Weltwoche:** *Kann jemand Chinesisch bei Ihnen?*

**Bebié:** Wir haben Verfahren mit Angeklagten aus rund 30 verschiedenen Nationen und behelfen uns wenn nötig mit Dolmetschern.

**Weltwoche:** *An einer Tagung der Stiftung des von der Mafia ermordeten Richters Giovanni Falcone erklärte der Turiner Staatsanwalt Marcello Maddalena, die Chinesen kontrollierten heute 70 Prozent des Heroinweltmarktes. Wer kontrolliert den Zürcher Markt?*

**Bebié:** Die Feststellung trifft auf die Schweiz nicht zu. Die Kontrolle wechselt je nach Land. Das können Türken sein, bei uns zwar gar nicht mehr, in Deutschland immer noch, Kosovo-Albaner, Libanesen,

Schwarzafrikaner.

**Weltwoche:** *Können Sie einen Trend feststellen von kleinen Clans und Familien zu grösseren, professionelleren Organisationen, die diese Clans und Gruppen aufsaugen?*

**Bebié:** Das ist komplizierter. Die Gruppen, die Sie ansprechen, sind vielleicht für die Feinverteilung zuständig, andere für den Transport von den Produktionsgebieten ins Haupttransitland, für den Prozess der Raffinierung. Aber der Heroinhandel wird nicht von der Produktion bis zum Endverkauf von einer Organisation beherrscht. Mir ist kein solcher Fall bekannt. Im Gegensatz zum Kokain. Südamerikanische Kartelle haben ihre Ableger in Europa und beherrschen die ganze Spanne vom Anbau bis zum Verbraucher.

**Weltwoche:** *Ist nicht zu befürchten, dass russische Organisation, die sich neue Anbaugelände im eigenen Land erschlossen haben, ähnliche Strukturen aufziehen können?*

**Bebié:** Das ist nicht unmöglich.

**Weltwoche:** *Welchen Einfluss haben die Russen heute im Zürcher Drogenmarkt?*

**Bebié:** In Zürich: bisher keinen. Das Heroin kommt zu 85 Prozent über die Balkanroute zu uns, Versandort Türkei. Weltweit: einen recht grossen. Wegen ihrer eigen-

nen Anbaugelände, zum Teil historisch bedingt. Cannabis wurde schon immer angebaut in Zentralasien, Heroin, also Schlafmohn, auch. Diese Plantagen sind jetzt massiv ausgeweitet worden, zunehmend auch für Kokain. Dann ist Russland auch ein bedeutendes Transitland, auch zunehmend für Kokain, zur Herkunftsverschleierung. Im Januar 1994 ist im Hafen von Riga erstmals eine Tonne Kokain sichergestellt worden, die via Schiffsfracht aus Südamerika ins Baltikum kam und von dort nach Mitteleuropa weitergegangen wäre.

**Weltwoche:** *Russland, das neue Reich des Bösen?*

**Bebié:** Die Republiken der ehemaligen Sowjetunion werden immer mehr missbraucht, weil die Infrastruktur der Polizei nicht unserem Standard entspricht. Hinzu kommt das Problem der Korruption. Dann hat sich auch der Transitweg von Afghanistan her geöffnet.

**Weltwoche:** *Ist Zürich gewissermassen durch seine Kleinheit davor geschützt, von Mafiagruppen richtiggehend besetzt zu werden?*

**Bebié:** Zürich ist ein Anziehungspunkt, weil hier Geld verdient werden kann. Für Drogen wird immer noch ein guter Preis erzielt, auch wenn das Preisgefüge zusammengebrochen ist. Je grösser und anonym eine Stadt, desto besser die Chancen des organisierten Verbrechens, sich zu verstecken. Im Vergleich mit grösseren Städten steht